N i e d e r s c h r i f t

**über die 22. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates am Mittwoch,
dem 13.06.2007 um 17.00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstr. 40**

Die Mitglieder des Rates der Stadt Hilden hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Bürgermeisters vom 04.06.2007 am Mittwoch, 13.06.2007 um 17.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses versammelt.

Unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Scheib waren anwesend:

I. die Mitglieder des Rates:

1.	Ratsmitglied	Dr. Ralf Bommermann/CDU
2.	„	Susanne Brandenburg/CDU
3.	„	Torsten Brehmer/SPD
4.	„	Alexander Büttner/CDU
5.	„	Walter Corbat/CDU
6.	„	Reinhard Eisen/CDU
7.	„	Peter Hancke/CDU
8.	„	Hans-Heinrich Helikum/CDU
9.	„	Lothar Kaltenborn/CDU
10.	„	Ute-Lucia Krall/CDU
11.	„	Dr. Stephan Lipski/CDU
12.	„	Claudia Schlottmann/CDU
13.	„	Norbert Schreier/CDU
14.	„	Jürgen Spelter/CDU
15.	„	Angelika Urban/CDU
16.	„	Roland Weiss/CDU
17.	„	Heinz-Georg Wingartz/CDU ab TOP 6h)
18.	„	Reinhard Zenker/CDU
19.	„	Birgit Alkenings/SPD
20.	„	Hans-Georg Bader/SPD
21.	„	Anabela Barata/SPD
22.	„	Kurt Wellmann/SPD
23.	„	Manfred Böhm/SPD
24.	„	Ludger Born/SPD
25.	„	Christoph Bosbach/SPD
26.	„	Reinhold Daniels/SPD
27.	„	Marie-Liesel Donner/SPD
28.	„	Klaus Dupke/SPD
29.	„	Dagmar Hebestreit/SPD
30.	„	Rolf Mayr/SPD
31.	„	Hans-Werner Schneller/SPD
32.	„	Jürgen Scholz/SPD
33.	„	Hiltrud Stegmaier/SPD
34.	„	Peter Dahm-Korte/BA
35.	„	Ludger Reffgen/BA
36.	„	Claudia Schnatenberg/BA
37.	„	Udo Weinrich/BA

- 38. „ Klaus-Dieter Bartel/Grüne
- 39. „ Ellen Reitz/Grüne
- 40. „ Susanne Vogel/Grüne
- 41. „ Rudolf Joseph/FDP
- 42. „ Friedhelm Burchartz/FDP
- 43. „ Horst Welke/FDP
- 44. „ Marlene Kochmann/dUH
- 45. „ Werner Horzella/dUH

es fehlten:

- 46. „ Achim Kleuser/Fraktionslos

II. von der Verwaltung:

- 1. Bürgermeister Scheib
- 2. 1. Beigeordneter Thiele
- 3. Beigeordneter Danscheidt
- 4. Beigeordneter Gatzke
- 5. Beigeordneter Rech
- 6. Stadtoberverwaltungsrat Klausgrete/II/20/22
- 7. Stadtverwaltungsrat Wachsmann/01
- 8. Stadtamtsrätin Fischerl/14
- 9. Stadtamtsrat Becker/01, zugleich als Schriftführer
- 10. Frau Schiller/ Dez. I

Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Umbesetzung in den Ausschüssen – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - SV 01/083
- 2. Beschlussmanagement: Sachstandsbericht 1. Halbjahr 2007 – SV 01/082
- 3. Besitzeinweisungsverfahren zur CO-Rohrleitungsanlage – SV 23/036

4. Anregungen und Beschwerden

- a) Bau einer CO Pipeline
Anregung gemäß § 24 GO NW – SV 01/084
- b) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Parken in der Seidenweberstraße – SV 66/084
- c) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Anwohnerparkplätze an der Elberfelder Straße – SV 61/160

5. Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- a) 43. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Bredharter Heide/Krabbenburg

- hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der
Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Offenlagebeschluss – SV 61/156

b) **(zurückgezogen)** Alter Markt; Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 25.04.2007 – SV
66/087

c) Überprüfung der Denkmalwürdigkeit des Gebäudes Walder Str. 24 a
hier: Eintragung der straßenseitigen Fassade in die Denkmalliste – SV 60/075

6. Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

a) Änderung der Vergnügungsteuersatzung – SV 20/103

b) Neufassung der Vereinbarung über die Defizitdeckung mit der Freizeittgemein-
schaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. Hilden – SV 50/045

c) Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Ob-
dachlosenunterkünfte der Stadt Hilden – SV 50/048

d) Änderung der Satzung über die Benutzung und Erhebung von Gebühren für die Über-
gangsheime der Stadt Hilden – SV 50/049

e) Zuschuss des Landes NRW aus dem KOMM IN-Projekt 2007
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe – SV 50/051

f) Vertragsänderung Schokoticket- SV 51/199

g) Finanzierung der „Verlässlichen Grundschule 8-1“ sowie der „Silentien“
– SV 51/200

h) Kindergartenplanung der Kath. Kirche
hier: Vertrag mit dem Caritasverband Mettmann über die Finanzierung der kath. Kin-
dertageseinrichtung St. Jacobus – SV 51/204

i) Dachsanierung des Objektes Kalstert 86 - GGS Kalstert;
hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung - SV 26/038

7. Anträge

a) Errichtung einer Baseballanlage – Antrag des SV Hilden Ost vom 10.05.2007 – SV
51/205

b) Konzept für die Weiterentwicklung des Bereichs „Am Kronengarten“
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2007 – SV 61/153

c) **(zurückgezogen)** Ringwall-Parkanlage (Holterhöfchen)
hier: Antrag der FDP-Fraktion in der Ratssitzung am 25.04.2007 – SV 66/088

8. Schulentwicklungsplan – Beschlussfassung – SV 51/201

9. Schulentwicklungsplan

a) Aufhebung der Grundschulbezirke

b) Festlegung der Zügigkeit an den Grundschulen – SV 51/202

10. Schulentwicklungsplan – Errichtung eines Grundschulverbundes – SV 51/203
11. Bildung braucht Partner – Lesen und Lernen in der Stadtbücherei – SV 41/058
12. Änderung des § 16 Abs. 1 der Hauptsatzung
Antrag der CDU-Fraktion zur Tagesordnung – SV 01/085
13. Neufestlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten gemäß § 73 Abs. 1 GONW
Antrag der CDU-Fraktion zur Tagesordnung – SV 01/086
14. Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit – Erfahrungsberichte der Zentralen Vergabestelle – SV 20/105
15. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
16. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Nichtöffentliche Sitzung

17. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
18. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
19. Verkauf eines Grundstücks im Innenstadtbereich – SV 23/035
20. Vergabemitteilungen – SV 20/104

I. Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, eröffnete die öffentliche Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen seien.

Zur Tagesordnung schlug Bürgermeister Scheib vor, im Hinblick auf die Beratungen im Stadtentwicklungsausschuss die Sitzungsvorlagen

SV 66/087 - Alter Markt; Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 25.04.2007

und

SV 66/088 - Ringwall-Parkanlage (Holterhöfchen) ; hier: Antrag der FDP-Fraktion in der Ratssitzung am 25.04.2007 von der Tagesordnung abzusetzen.

Einstimmig beschloss der Rat, die Tagesordnung entsprechend zu ändern.

Weitere Änderungen ergaben sich nicht.

Vor Beginn der Beratungen gratulierte Bürgermeister Scheib nachfolgenden Mitgliedern des Rates und der Verwaltung nochmals nachträglich zum Geburtstag:

27.04.	Friedhelm Burchartz
28.04.	Ludger Born
01.05.	Dagmar Hebestreit

06.05. Beig. Norbert Danscheidt
 10.05. Birgit Alkenings
 10.05. Rolf Mayr
 13.05. Jürgen Scholz
 15.05. Horst Welke
 17.05. Angelika Urban
 17.05. Reinhold Daniels
 18.05. Hiltrud Stegmaier
 27.05. Marlene Kochmann
 31.05. Manfred Böhm
 01.06. Claudia Schlottmann

Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

1. Umbesetzung in den Ausschüssen – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - SV 01/083

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

- a) Nach dem Tod des sachkundigen Bürgers Harald Hopfinger wählt und beruft der Rat auf Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

in den Schul-, Sport- und Sozialausschuss

als sachkundige Bürgerin
 als 1. Stellvertreterin
 als 2. Stellvertreterin

Marianne Münnich
 Beatrix Falkenberg
 Helga Achterwinter

in die GkA-Kommission

als beratendes Mitglied

Salvatore di Gangi

in den Aufsichtsrat Stadtwerke Hilden GmbH

als stellvertretendes Mitglied (für B. Alkenings)

Susanne Vogel

in den Aufsichtsrat Seniorenzentrum Stadt Hilden GmbH

als stellvertretendes Mitglied

Beatrix Falkenberg

- b) Nach dem Verzicht von Frau Daniela Haas wählt und beruft der Rat auf Vorschlag des Schulamtes Mettmann/des Amtes für Schule, Sport und Soziales als beratendes Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss

als Vertreter der Grund-, Haupt- und Sonderschulen

Klaus Drewer
 (Theodor-Heuss-Schule)

2. Beschlussmanagement: Sachstandsbericht 1. Halbjahr 2007 – SV 01/082

Nach Hinweis von Rm. Weinrich/BA auf zwei entsprechende Beschlüsse, die zwar umgesetzt seien, aber in der Auflistung fehlten nahm der Rat der Stadt Kenntnis von dem Sachstand der Umsetzung der in der Anlage zur SV aufgelisteten Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse, die auf Grund von Anträgen der Fraktionen gefasst wurden oder auf Initiative der Fraktionen/der Ausschüsse ergänzt oder geändert wurden.

3. Besitzeinweisungsverfahren zur CO-Rohrleitungsanlage – SV 23/036
4. a) Bau einer CO Pipeline - Anregung gemäß § 24 GO NW – SV 01/084

Rm. Weinrich reichte für die BA folgende Ergänzungsantrag zum Beschlussvorschlag ein:

1. Der Rat der Stadt fordert den Bürgermeister auf prüfen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen die Stadt bzw. eine Gesellschaft mit städtischer Beteiligung mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf gegen die Bezirksregierung Düsseldorf gegen die geplante Kohlenmonoxid (CO)-Pipeline der Firma Bayer Material Science AG vorgehen könnte. Ziel ist es, den Planfeststellungsbeschluss aufzuheben und damit den Bau und den Betrieb der Rohrleitung zu verhindern.

2. Der Rat der Stadt strebt eine kommunale Verfassungsbeschwerde beim Landesverfassungsgerichtshof in Münster oder eine Klage gemeinsam mit allen von Enteignung bedrohten Hildener Grundeigentümern beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Anwaltskanzlei Baumeister unverzüglich mit einem verfassungsrechtlichen Gutachten über die Erfolgsaussichten zu beauftragen und das weitere Verfahren mit den klageberechtigten Bürgerinnen und Bürgern abzustimmen.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Unterstützung von Privatklagen ein städtisches Spendenkonto einzurichten, damit Bürgerinnen und Bürger unter Angabe des Verwendungszwecks "CO-Pipeline" und eines einheitlichen Kassenzeichens bei ortsansässigen Banken Spenden auf die städtischen Konten überweisen können.

4. Für die Klage vor dem Verwaltungsgericht und für die Erstellung eines verfassungsrechtlichen Gutachtens zu den Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde stellt der Rat zunächst überplanmäßig 50.000 EUR bereit.

Begründung:

Die gegen den Bau der Pipeline einzulegenden Rechtsmittel der Stadt oder städtischer Gesellschaften wie der GkA in der Giesenheide sind mit einem Widerspruchs- und Klageverfahren zur so genannten "vorzeitigen Besitzeinweisung" noch längst nicht erschöpft.

Der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung steckt nämlich voller Widersprüche. So wird angeführt, die Pipeline sei notwendig, um Arbeitsplätze zu sichern. Tatsache ist aber, dass Bayer die Koksvergasung in Uerdingen schließen will, sobald die Pipeline in Betrieb ginge.

Bayer behauptet zwar das Gegenteil, die Schließung der Koksvergasung geht aber aus Seite 473 des Planfeststellungsbeschlusses hervor. Die Pipeline würde also nicht Arbeitsplätze sichern, sondern gefährden.

Schwere Vorwürfe müssen auch gegen den Landtag erhoben werden. Dort wurde das Gesetz zum Bau der Rohrleitung zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen im März 2006 als so genannte Legalenteignung zugunsten der Bayer AG einfach durchgewinkt. Alle Beschlüsse im Plenum und in den Ausschüssen erfolgten ohne Aussprache und einstimmig.

Zugunsten der Pipeline wird im Gesetz überwiegend betriebswirtschaftlich argumentiert. Die nötige Abwägung der Schutzinteressen der Bürger hat indessen nicht stattgefunden. Der Landesgesetzgeber ist seiner Darlegungs- und Begründungslast nicht hinreichend nachge-

kommen. Das Gesetz schafft die Voraussetzungen für Enteignungen. Hier muss der Hebel angesetzt werden.

Das ganze Pipeline-Projekt würde sich von selbst erledigen, würde die Firma Bayer ihre CO-Gase da produzieren, wo sie gebraucht werden, nämlich in Krefeld-Uerdingen. Dann stellte sich die Transportfrage nicht mehr und die Chemie-Standorte wären ebenso gut gesichert. Aber genau das lehnt Bayer aus betriebswirtschaftlichen Gründen ab.

Aus bisher unerfindlichen Gründen hat der Bürgermeister bis heute dem Rat oder dem Stadtentwicklungsausschuss nicht mitgeteilt, dass es mindestens einen Hildener Bürger gibt, der von einem Besitzeinweisungsverfahren betroffen ist und sich dagegen zur Wehr setzt. Der jüngst vom Bürgermeister öffentlich artikulierte Widerstand der Stadt gegen die CO-Pipeline würde durch städtische Unterstützung dieses Hildener Bürgers an Glaubwürdigkeit und Durchschlagskraft gewinnen. Deshalb sollte die Stadt das weitere Vorgehen auch mit diesem Betroffenen abstimmen.

Bürgermeister Scheib schlug vor, diesen Antrag als Ergänzung zum Beschluss über die Bürgeranregung zur Abstimmung zu stellen, weil er sich nicht gegen die vorzeitige Besitzeinweisung richtet.

Hinsichtlich des Punktes 3 des Ergänzungsantrages verwies er darauf, dass die Einrichtung eines Spendenkontos in Monheim deshalb notwendig war, weil sich die Stadt in einem Haushaltssicherungskonzept befindet und die Verwendung städtischer Mittel zur Unterstützung der privaten Klagen als freiwillige Aufgabe untersagt wurde. Insofern sei die Einrichtung eines Spendenkontos in Hilden nicht notwendig und der Einsatz städtischer Mittel sinnvoll und ausreichend.

Auf entsprechenden Hinweis verzichtete die BA-Fraktion auf die konkrete Beauftragung der Anwaltskanzlei Baumeister, da Unsicherheit bestand, ob diese auch spezialisiert auf Verfassungsrecht seien.

Die Vertreter aller Fraktionen sprachen sich ausdrücklich dafür aus, alles zu unternehmen, um den Bau der Pipeline zu verhindern und befürworteten jegliche Maßnahme, die die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger bei diesem Vorhaben unterstützt. Gleichwohl sollte der Bürgermeister ausreichend Möglichkeit haben, insbesondere die von der BA ergänzend beantragten Punkte vor deren Umsetzung zu prüfen.

Einstimmig fasste der Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt:

1. Der von der Anwaltskanzlei CHB für die Bayer Material Science AG unterbreitete Vorschlag vom 22.05.2007 zur Erlangung der Zustimmung der Stadt Hilden für eine vorzeitige Besitzeinweisung zur Errichtung einer CO-Rohrleitungsanlage wird abgelehnt.
2. Sofern die Bezirksregierung Düsseldorf die vorzeitige Besitzeinweisung zugunsten der Bayer Material Science AG verfügt wird der Bürgermeister beauftragt, gegen die Entscheidung alle möglichen und notwendigen Rechtsmittel einzulegen.
3. Die für ein Widerspruchs- und Klageverfahren erforderlichen Mittel werden überplanmäßig bereitgestellt.

Anschließend fasste der Rat (ebenfalls einstimmig) folgenden Beschluss:

A/

Der Rat der Stadt stimmt der in der Anlage beigefügten Anregung zu und beauftragt den Bürgermeister entsprechend zu handeln.

B/

1. Der Rat der Stadt fordert den Bürgermeister auf prüfen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen die Stadt bzw. eine Gesellschaft mit städtischer Beteiligung mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf gegen die Bezirksregierung Düsseldorf gegen die geplante Kohlenmonoxid (CO)-Pipeline der Firma Bayer Material Science AG vorgehen könnte. Ziel ist es, den Planfeststellungsbeschluss aufzuheben und damit den Bau und den Betrieb der Rohrleitung zu verhindern.

2. Der Rat der Stadt strebt eine kommunale Verfassungsbeschwerde beim Landesverfassungsgerichtshof in Münster oder eine Klage gemeinsam mit allen von Enteignung bedrohten Hildener Grundeigentümern beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Der Bürgermeister wird beauftragt, ~~die Anwaltskanzlei Baumeister~~ eine Anwaltskanzlei unverzüglich mit einem verfassungsrechtlichen Gutachten über die Erfolgsaussichten zu beauftragen und das weitere Verfahren mit den klageberechtigten Bürgerinnen und Bürgern abzustimmen.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Unterstützung von Privatklagen ein städtisches Spendenkonto einzurichten, damit Bürgerinnen und Bürger unter Angabe des Verwendungszwecks "CO-Pipeline" und eines einheitlichen Kassenzeichens bei ortsansässigen Banken Spenden auf die städtischen Konten überweisen können.

4. Für die Klage vor dem Verwaltungsgericht und für die Erstellung eines verfassungsrechtlichen Gutachtens zu den Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde stellt der Rat zunächst überplanmäßig 50.000 EUR bereit.

Einwohnerfragestunde

a) Dieter Donner (BUND) - CO-Pipeline

Herr Donner teilte mit, dass die Pipeline auch am morgigen Tag Gegenstand der Beratungen im Landtag wäre. Der BUND wird ebenfalls dort vertreten sein und bat in diesem Zusammenhang darum, auch Unterstützung durch die politischen Parteien zu erhalten.

Die Vertreter der Fraktionen CDU, SPD, Grüne und FDP erklärten, Ihre jeweiligen Abgeordneten im Landtag entsprechen zu informieren und zu „instruieren“, soweit noch nicht geschehen.

Bürgermeister Scheib regte darüber hinaus an, dass jeder Bürger „seinen“ Landtagsabgeordneten per email zum Widerstand gegen die Pipeline aufrufen könne.

4. Anregungen und Beschwerden

- b) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Parken in der Seidenweberstraße – SV 66/084

Gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die sich für die Lösung „Anwohnerparken“ aussprachen, bestätigte der Rat mit 42 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

„Die Verwaltung wird beauftragt, im mittleren Abschnitt der Seidenweberstraße für maximal vier Parkfelder eine Parkscheibenregelung einzurichten. Im vorderen und hinteren Parkfeld (3P/5P) ist das Bewohnerparken einzuführen.“

- c) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Anwohnerparkplätze an der Elberfelder Straße – SV 61/160

An der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nahm Rm. Reffgen/BA nicht teil.

Ohne weitere Aussprache bestätigte der Rat einstimmig folgenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses:

„Der Stadtentwicklungsausschuss lehnt den Antrag auf Einrichtung von Bewohnerparkplätzen an der Elberfelder Straße ab.“

5. Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- a) 43. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Bredharter Heide/Krabbenburg
hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Offenlagebeschluss – SV 61/156
-

Ohne Aussprache fasste der Rat mit 36 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, SPD und FDP) gegen 9 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss,

1. zu den Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung zu nehmen:

1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 13.03.2007

Der Kreis Mettmann äußert in keiner seiner behördlichen Funktionen zum Entwurf der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes Anregungen. Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

2. die öffentliche Auslegung der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zurzeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt im Südosten der Stadt Hilden zwischen den Straßen Bredharter Heide und Krabbenburg und umfasst die Flurstücke 586, 922 tlw., 1441, 1709, 1710 tlw., und 1712 tlw, alle in Flur 64 der Gemarkung Hilden.

Dem Offenlagebeschluss liegt der Entwurf der Begründung (inklusive Umweltbericht) vom Februar 2007 zugrunde.“

- b) **(zurückgezogen)** Alter Markt; Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 25.04.2007 – SV 66/087

Der Tagesordnungspunkt war zu Beginn der Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen worden.

- c) Überprüfung der Denkmalwürdigkeit des Gebäudes Walder Str. 24 a
hier: Eintragung der straßenseitigen Fassade in die Denkmalliste – SV 60/075

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss Kenntnis von der Denkmalwürdigkeit der straßenseitigen Fassade des Gebäudes Walder Straße 24 a in Hilden und beschließt die Eintragung in die Denkmalliste.“

6. Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

- a) Änderung der Vergnügungssteuersatzung – SV 20/103

Nach Hinweis von Rm. Weinrich/BA, dass seine Fraktion grundsätzlich Satzungsänderungen mit Rückwirkung ablehnten, fasste der Rat ohne weitere Aussprache 41 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen (BA-Fraktion) folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt Hilden beschließt die in vollem Wortlaut vorliegende 3. Nachtragssatzung zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Hilden vom 15.12.2005 rückwirkend zum 01.01.2007.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen."

*Die Änderungssatzung ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt*

b) Neufassung der Vereinbarung über die Defizitdeckung mit der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. Hilden – SV 50/045

An der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nahm Rm. Dahm-Korte/BA nicht teil.

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt beschließt auf Vorschlag des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales die Vereinbarung mit der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V. über die Förderung einer wirksamen, bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Arbeit zur Integration von Menschen mit Behinderungen in Hilden in der vorgelegten Form (Anlage 1 der SV) abzuschließen.

Der Vertrag wird für eine Dauer von 3 Jahren, beginnend am 1.1.2007, abgeschlossen.

Der jährliche Zuschuss der Stadt Hilden nach § 3 Abs. 3 und 7 der Vereinbarung beträgt 158.400 €.

Der Mehrbedarf für das Jahr 2007 in Höhe von 18.700 € wird überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bei Produkt 160101 – Zahlungsströme der allgemeinen Finanzwirtschaft.“

c) Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Hilden – SV 50/048

Beig. Gatzke sicherte Rm. Dahm Korte/BA zu seine Anfrage nach dem Zustand der Unterkünfte und die Häufigkeit / zeitlichen Abstände von Überprüfungen der Zustände schriftlich zu beantworten.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„ Der Rat der Stadt Hilden beschließt auf Vorschlag des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales die der SV als Anlage 1 beigefügte Änderung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Hilden (Hildener Obdachlosensatzung).“

*Die Änderungssatzung ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt*

d) Änderung der Satzung über die Benutzung und Erhebung von Gebühren für die Übergangsheime der Stadt Hilden – SV 50/049

Auch hier sicherte Beig. Gatzke Rm. Dahm Korte/BA zu seine Anfrage nach dem Zustand der Heime und die Häufigkeit / zeitlichen Abstände von Überprüfungen der Zustände schriftlich zu beantworten.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt beschließt auf Vorschlag des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales die der SV als Anlage 1 beigefügte Änderung zur Satzung über die Benutzung und Erhebung von Gebühren für die Übergangsheime der Stadt Hilden.“

*Die Änderungssatzung ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt*

- e) Zuschuss des Landes NRW aus dem KOMM IN-Projekt 2007
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe – SV 50/051

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt genehmigt auf Vorschlag des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales zur Durchführung des beim Land NRW beantragten und genehmigten Integrationsprojektes der Stadt Hilden zum Thema *Erziehung und Bildung im Kindesalter* eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 45.000 € bei dem Kostenträger 05 05 01 2000.
Die Deckung erfolgt durch einen Zuschuss des Landes NRW gem. Zuwendungsbescheid vom 18.4.2007 in gleicher Höhe.“

- f) Vertragsänderung Schokoticket- SV 51/199

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

" Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wie folgt:

(1) Der Eigenanteil gemäß § 97 (3) Schulgesetz NRW wird ab 01.08.2007 wie folgt neu festgesetzt:

- 9,80 € für den/die erste Schüler/in sowie alle volljährigen Schüler/innen
- 5,65 € für das 2. anspruchsberechtigte Kind

(2) Zwischen der Stadt Hilden und der Rheinischen Bahngesellschaft AG sowie dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr GmbH wird zu dem am 15.08.2002 abgeschlossenen Vertrag folgender Nachtrag vereinbart:

§ 1

§ 3 Abs. 1 wird zum 01.08.2007 wie folgt geändert:

In den Sätzen 1,2 und 3 wird der Betrag von 9,50 € durch 9,80 € ersetzt.

§ 2

Zu diesem Vertragsnachtrag sind keine Nebenabreden erfolgt. "

g) Finanzierung der „Verlässlichen Grundschule 8-1“ sowie der „Silentien“
– SV 51/200

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales:

1. Neben der Offenen Ganztagsgrundschule (OGATA) wird im Primarbereich die Verlässliche Grundschule 8 bis 1 (VGS) weitergeführt. Die Anzahl der Gruppen in der VGS wird auf max. 22 festgesetzt.
2. Der monatliche Elternbeitrag für die Betreuung in der VGS wird auf 21,00 € festgesetzt.
3. Die Mindestgruppenstärke in der VGS wird grundsätzlich 20 Kinder je Gruppe festgelegt.
4. Die Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagsgrundschule im Primarbereich“ wird, wie in der Anlage aufgeführt, entsprechend ergänzt. (*Änderungen in der Satzung sind kursiv geschrieben*)“

*Die Änderungssatzung ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt*

h) Kindergartenplanung der Kath. Kirche
hier: Vertrag mit dem Caritasverband Mettmann über die Finanzierung der kath. Kindertages-
einrichtung St. Jacobus – SV 51/204

Rm. Weinrich verwies auf den von der Landesregierung geplanten Erlass des Kinderbildungsgesetzes, dass nach dem jetzigen Beratungsstand von den Trägern der Freien Wohlfahrtsverbände heftig kritisiert würde, weil er die Aufkündigung des bisherigen Konsenses bedeute. Die beabsichtigten Regelungen des Kinderbildungsgesetzes hätten erhebliche Auswirkungen auf den Betrieb von Kindertagesstätten. Vor diesem Hintergrund sollte mit dem Abschluss eines Vertrages mit der Caritas noch abgewartet werden.

Nach ausführlicher Diskussion fasste der Rat mit 43 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (Rm.´er Weinrich, Dahm-Korte und Schnatenberg/alle BA) folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt stimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss dem vorgelegten Vertragsentwurf zwischen dem Caritasverband Mettmann und der Stadt Hilden über die Finanzierung der Kath. Kindertageseinrichtung St. Jacobus, Heiligenstraße, in der vorgelegten Form zu.“

- i) Dachsanierung des Objektes Kalstert 86 - GGS Kalstert;
hier: Außerplanmäßige Mittelbereitstellung - SV 26/038

Nach kurzer Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung von 265.000,00 € für die investive Dachsanierung des Objektes Kalstert 86.

Die Finanzierung erfolgt aus der bisher vorgesehenen Sanierung des Flachdaches an diesem Objekt, die bislang jedoch als nicht-investiver Aufwand eingeplant war, sowie dem aus dem Jahr 2006 vorgetragenen Haushaltsrest für die Untersuchung der Tragfähigkeit städtischer Hallendächer.“

7. Anträge

- a) Errichtung einer Baseballanlage – Antrag des SV Hilden Ost vom 10.05.2007
– SV 51/205
-

Rm Weinrich/BA beantragte an, die Entscheidung noch einmal zu vertagen und der Verwaltung einen erneuten Prüfauftrag, die Nutzung alternativer Standorte innerhalb Hildens zu untersuchen und Möglichkeiten zu suchen, ob und wie das vorgelegte Finanzierungskonzept optimiert werden könnte.

Auch die Vertreter der FDP warben nachdrücklich dafür, dem Verein und der Sportart noch eine Chance zu geben.

Die Fraktionen CDU, SPD und Grüne plädierten dagegen nochmals dafür, keinen Präzedenzfall zu schaffen. Seitens der Verwaltung und des Vereins seien in der Vergangenheit bereits alle möglichen Grundstücke in Hilden geprüft worden, mit dem Ergebnis, dass entweder die Nutzung wegen des Flächenbedarfs der Sportart oder die Finanzierung für den Verein nicht möglich sei. Ein erneutes Hinausschieben einer Entscheidung wäre auch für den Verein nicht zumutbar.

Während einer Sitzungsunterbrechung machten der Vorsitzende des SV Ost und der Leiter der Baseballabteilung deutlich, dass eine Ablehnung des Finanzierungskonzeptes zwangsläufig dazu führe, dass die Damen-Bundesligamannschaft wegen der vom Baseballverband vorgeschriebenen Platzstandards nach Ablauf der jetzigen Übergangsregelung mit Beginn der Spielzeit 2008 nicht mehr in der Bundesliga spielen dürfe. Die Abteilung werde dann aufgelöst. Eine erneute Überprüfung des vorgelegten Finanzierungskonzeptes sei entbehrlich - es wäre bereits so weit wie möglich optimiert.

Nach intensiver und kontroverser Diskussion lehnte der Rat den Vertagungsantrag mit 7 Ja-Stimmen (Fraktionen BA und FDP) gegen 39 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) ab.

Anschließend lehnte der Rat mit 3 Ja-Stimmen (FDP-Fraktion), 4 Enthaltungen (BA-Fraktion) und 39 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) den Antrag des SV Hilden-Ost auf Gewährung eines Zuschusses für den geplanten Bau einer Base- und Softballanlage und Übernahme einer Bankbürgschaft ab.

- b) Konzept für die Weiterentwicklung des Bereichs „Am Kronengarten“
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2007 – SV 61/153

Nach kurzer kontroverser Diskussion darüber, eine Wohnbebauung vorzusehen, lehnte der Rat mit 34 Nein-Stimmen (Fraktionen CDU und SPD) gegen 12 Ja-Stimmen (übrige Fraktionen) folgenden Antrag der FDP-Fraktion ab:

1. *Das Konzept einen Elektro-Discounter in dem dafür entsprechend umzubauenden Parkhaus anzusiedeln ist gescheitert. Es sind keine Ankermieter bzw. Investoren gefunden worden.*
2. *Darüber hinaus wurde durch den Ratsbeschluss Neubau des C & A Gebäudes ein fußläufiger Durchstich und somit ein „Rundlauf“ zur Belebung des Kronengartens verhindert. Durch die Rückverlegung des Gebäudes aus der Straßenflucht Kronengarten und Anlegung von Parkplätzen ist aus unserer Sicht der Kronengarten als Einkaufsstraße nicht mehr funktionsfähig.*
3. *Es sind daher neue Konzepte zu entwickeln, die auch eine Wohnbebauung im Innenstadtbereich ermöglichen.*
4. *Durch die demographische Entwicklung ist nachzudenken, betreutes Wohnen innenstadtnah anzusiedeln.*
5. *Zu überlegen ist, in dieser zentralen Lage ein Wohngebäude für ein Wohnen in einem Mehrgenerationenhaus zu schaffen.*
6. *Das jetzige Parkhaus ist nicht nur hässlich (Hinterhofcharakter), sondern auch nicht mehr zeitgemäß. Bei einem neuen Konzept sollte das Parkhaus durch eine Tiefgarage ersetzt werden.*

- c) **(zurückgezogen)** Ringwall-Parkanlage (Holterhöpfchen)
hier: Antrag der FDP-Fraktion in der Ratssitzung am 25.04.2007 – SV 66/088

Der Tagesordnungspunkt war zu Beginn der Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen worden.

8. Schulentwicklungsplan – Beschlussfassung – SV 51/201

Nach kurzer Aussprache fasste der Rat mit 42 Ja Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen (BA-Fraktion) folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales:

1. Der vorgelegte Schulentwicklungsplan bildet gemäß § 80 Schulgesetz NRW die Grundlage für die zukünftigen schulorganisatorischen und schulbaulichen Maßnahmen sowie für die Entwicklung der Schullandschaft in der Stadt Hilden.
2. Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen werden kurz und mittelfristig umgesetzt. Die dazu notwendigen Maßnahmen werden im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales beraten.

9. Schulentwicklungsplan
 a) Aufhebung der Grundschulbezirke
 b) Festlegung der Zügigkeit an den Grundschulen – SV 51/202

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„ Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales wie folgt:

zu a) Aufhebung der Grundschulbezirke

1. Die Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen katholischen Grundschulen der Stadt Hilden vom 17.12.1980 und die Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Überschneidungsgebieten für die öffentlichen Gemeinschafts-Grundschulen und die Sonderschule der Stadt Hilden vom 21.11.1988 werden mit Wirkung zum 01.08.2008 aufgehoben.

zu b) Festlegung der Zügigkeit der Grundschulen

1. Der Rat der Stadt Hilden legt die maximale Zügigkeit der Hildener Grundschulen ab dem Schuljahr 2008/2009 wie folgt fest:

Grundschule	Zügigkeit
Walter-Wiederhold-Schule	1-zügig
GGs Elbsee	2-zügig
Adolf-Reichwein-Schule	2-zügig
Adolf-Kolping-Schule	2-zügig
Wilhelm-Hüls-Schule	3-zügig
GGs Schulstraße	2-zügig
GGs Walder Straße	1-zügig
GGs Kalstert	2-zügig
Wilhelm-Busch-Schule	3-zügig an zwei Standorten
Astrid-Lindgren-Schule	3-zügig an zwei Standorten

2. Sofern es die im Schulentwicklungsplan festgestellten Raumkapazitäten zulassen, ist es den Schulleitungen in Einzelfällen möglich, in Abstimmung mit dem Schulträger ausnahmsweise über die festgestellte maximale Zügigkeit hinaus weitere Parallelklassen zu bilden.

Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales ist darüber zu informieren.

10. Schulentwicklungsplan – Errichtung eines Grundschulverbundes – SV 51/203

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales:

1. Die Gemeinschaftsgrundschule Walderstraße und die Gemeinschaftsgrundschule Kalstert werden gemäß § 81 und § 82 des Schulgesetzes NRW mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 als Grundschulverbund geführt. Der Schulbetrieb wird in den Schulgebäuden Walderstraße (Nebengebäude/Teilstandort) und Kalstert (Hauptstandort) durchgeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt das Genehmigungsverfahren nach § 81 Schulgesetz einzuleiten.

11. Bildung braucht Partner – Lesen und Lernen in der Stadtbücherei – SV 41/058

Die CDU Fraktion erklärte, dass sie das Projekt sehr gut findet und auch befürwortet, dennoch gegen den Beschlussvorschlag stimmt, da sie grundsätzlich für eine Befristung der Halbtagsstelle auf 3 Jahre sind.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat mit 27-Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen (Fraktionen CDU und dUH) folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Kulturausschuss und im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die erfolgreiche Medienpartnerschaft zwischen der Stadtbücherei und den Schulen auf der Grundlage des vorgelegten Konzepts dauerhaft fortzusetzen.“

12. Änderung des § 16 Abs. 1 der Hauptsatzung
Antrag der CDU-Fraktion zur Tagesordnung – SV 01/085

Rm. Urban/CDU reichte folgenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, BA, FDP, Bündnis90/Die Grünen und dUH ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge folgende Neufassung des § 16 der Hauptsatzung beschließen:

1. *Der Rat wählt drei Beigeordnete, die die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in ihrem/seinen Geschäftsbereich vertreten.*
2. *Eine Beigeordnete/ein Beigeordneter wird zur/zum allgemeinen Vertretern der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters bestellt und führt die Amtsbezeichnung „Erster Beigeordnete/r“.*
3. *Ist der/die 1. Beigeordnete an der Vertretung verhindert, so bestimmt sich die allgemeine Vertretung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters durch die übrigen Beigeordneten nach deren Stellenbewertung, bei gleicher Stellenbewertung nach dem Dienstalter als Beigeordnete/r der Stadt, bei gleichem Dienstalter nach dem Lebensalter.*
4. *Der Rat bestellt eine Kämmerin/einen Kämmerer.*

Erläuternde Hinweise:

Die Absätze 1) und 3) entsprechen - bis auf die reduzierte Zahl der Beigeordneten - wörtlich dem gegenwärtigen § 18.

Die neuen Absätze 2) und 4) sind der Hauptsatzung der Stadt Langenfeld entnommen. Sie spiegeln zum einen das in Hilden seit Jahren praktizierte wider (Bestellung eines 1. Beigeordneten), zum anderen bringen sie die neue Überlegung zum Ausdruck, die Bestellung eines Kämmerers endlich auch in die Hauptsatzung aufzunehmen.

Rm. Alkenings reichte für die SPD folgenden Antrag zur Geschäftsordnung ein:

Über die Änderung des § 16 Abs. 1 der Hauptsatzung wird erst beraten und entschieden, wenn der Rat der Stadt Hilden einen Beigeordneten nicht wieder gewählt hat.

Begründung:

Die Entscheidung über die Wiederwahl ist unabhängig von der in der Hauptsatzung festgelegten Anzahl der Beigeordneten. Solange die Zahl der Beigeordneten nicht tatsächlich reduziert ist, wäre eine heute festgesetzte andere Zahl nicht umsetzbar.

Dieser Antrag ist vor dem Hintergrund der Änderung der Gemeindeordnung zu betrachten. Insbesondere die beabsichtigte Regelung im Gesetzesentwurf, dass der „Rat (...) die Geschäftskreise der Beigeordneten im Einvernehmen mit dem Bürgermeister“ festlegt, scheint für die Antragsteller ausschlaggebend zu sein. Doch diese im Entwurf, enthaltene Regelung ist noch nicht Gesetzeskraft. Die Drucksache 14/3979 befindet sich zurzeit im Landtag noch im Gesetzgebungsverfahren. Die erste Lesung war im Mai, im August führt der zuständige Ausschuss eine Expertenanhörung durch und (voraussichtlich) im September, evtl. auch erst im Oktober, wird es verabschiedet. Das Gesetz tritt voraussichtlich am 1. November in Kraft. Daher erfolgt die anstehende Entscheidung des Rates über die Wiederwahl des Beigeordneten noch nach derzeitigem Recht.

Bgm Scheib wies auf die Regelungen der Geschäftsordnung hin, wonach nach einem Vertagungsantrag nur noch ein Wortbeitrag zulässig sei.

Nachdem Rm. Reffgen/BA auf die ausführlichen Beratungen zwischen den Fraktionen im Vorfeld verwies lehnte der Rat den Vertagungsantrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellte Rm. Bartel klar, dass sie grundsätzlich die Reduzierung der Beigeordnetenstellen begrüßen und unterstützen, sie aber keinesfalls die „Nicht-Wiederwahl“ des Beigeordneten Rech favorisierten. Die Begrenzung der Beigeordnetenstellen jetzt bedeute nicht, dass dies schon bei der nächsten anstehenden Wiederwahl umgesetzt werden müsse.

Die Vertreter der Fraktionen BA, FDP und dUH betonten, dass sie stets eine Verringerung der Beigeordnetenstellen anstrebten, die Änderung der Satzung zum jetzigen Zeitpunkt ehrlich und offen für alle Beteiligten sei.

Sodann fasste der Rat mit 29 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion) folgenden Beschluss:

§ 16 der Hauptsatzung wird wie folgt neu gefasst:

1. Der Rat wählt drei Beigeordnete, die die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in ihrem/seinen Geschäftsbereich vertreten.
2. Eine Beigeordnete/ein Beigeordneter wird zur/zum allgemeinen Vertretern der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters bestellt und führt die Amtsbezeichnung „Erster Beigeordnete/r“.
3. Ist der/die 1. Beigeordnete an der Vertretung verhindert, so bestimmt sich die allgemeine Vertretung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters durch die übrigen Beigeordneten nach deren Stellenbewertung, bei gleicher Stellenbewertung nach dem Dienstalter als Beigeordnete/r der Stadt, bei gleichem Dienstalter nach dem Lebensalter.
4. Der Rat bestellt eine Kämmerin/einen Kämmerer.“

13. Neufestlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten gemäß § 73 Abs. 1 GONW - Antrag der CDU-Fraktion zur Tagesordnung – SV 01/086

Rm. Schneller bat für die SPD-Fraktion um Vertagung, da nach Auffassung seiner Fraktion eine Festlegung oder Neuverteilung der Geschäftskreise erst Sinn mache, wenn feststehe, welche Beigeordneten es geben wird.

Rm. Horzella/dUH entgegnete, dass eine frühzeitige Neuverteilung den Beteiligten ausreichend Gelegenheit gäbe, sich auf die neue Situation einzustellen.

Sodann lehnte der Rat die Vertagung mit 26 Nein-Stimmen (Fraktionen CDU, BA, FDP und dUH) gegen 20 Ja-Stimmen (Fraktionen SPD und Grüne) ab.

Anschließend reichte Rm. Urban/CDU folgenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, BA, FDP und dUH ein:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt gern. § 73 Absatz 1 der Gemeindeordnung:

1. *Der Geschäftskreis der drei Beigeordneten wird wie folgt festgelegt:*
 - a. *das Dezernat I mit den Ämtern 10 (Haupt- und Personalamt), 14 (Rechnungsprüfungsamt), 23 (Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsamt) und 26 (Amt für Gebäudewirtschaft);*
 - b. *das Dezernat II mit den Ämtern 41 (Kulturamt), 50 (Amt für Soziales und Integration) und 51 (Amt für Jugend, Schule und Sport);*
 - c. *das Dezernat III mit den Ämtern 60 (Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamt), 61 (Planungs- und Vermessungsamt), 66 (Tiefbau- und Grünflächenamt) und 68 (Zentraler Bauhof);*
2. *Das Amt 20 (Amt für Finanzwesen) wird in „Amt für Finanzwesen/Kämmerei“ umbenannt. Es wird von einem Kämmerer/einer Kämmerin geleitet, der/die direkt dem Bürgermeister untersteht.*
3. *Der Bürgermeister wird gebeten, die Leitung der Ämter 01 (Team Bürgermeisterbüro), 32 (Ordnungsamt), 34 (Standesamt) und 37 (Feuerwehr) zu übernehmen. Ansonsten verbleiben die Aufgaben im Dezernat I.*
4. *Diese Änderungen treten zum 1. Januar 2008 in Kraft."*

Begründung:

Zu 1 a.)

Das Rechnungsprüfungsamt untersteht dem/der Beigeordneten des Dezernats I -wie bisher- nur in personeller Hinsicht.

Zu 2):

Die Gemeindeordnung ist mit Einführung des NKF geändert worden. Während bisher neben einem Kämmerer von dem „für das Finanzwesen zuständigen Beamten“ die Rede war, kennt die aktuelle GO NW nur die Bezeichnung ‚Kämmerer‘. Doch weder in der alten noch in der aktuellen GO NW ist die Bestellung eines Kämmerers an die gleichzeitige Funktion eines Beigeordneten gebunden. Die Bestellung des Kämmerers/der Kämmerin erfolgt durch den Rat, wie dieses beispielsweise in Langenfeld der Fall ist.

Zu 3:

Der Bürgermeister wird gebeten, als Leiter der Verwaltung -wie in anderen Städten des Kreises längst üblich - auch ein eigenes Dezernat zu führen.

Rm Alkenings/SPD reichte dagegen folgenden Antrag ihrer Fraktion ein:

Falls in der Sitzung des Rates am 19.9. der erste zur Wiederwahl anstehende Beigeordnete Maximilian Rech nicht wieder gewählt wird, wird der Geschäftskreis der Beigeordneten gemäß § 73, 1 GO zum 1.1.2008 wie folgt festgelegt:

- a. Der Bürgermeister übernimmt die Leitung der Ämter 01 (Team Bürgermeisterbüro), 34 (Standesamt), 37 (Feuerwehr) in einem Dezernat.*
- b. Die Ämter 10 (Haupt- und Personalamt), 14 (Rechnungsprüfungsamt, nur personelle Unterstellung), 23 (Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsamt), 32 (Ordnungsamt, Bürgerbüro) und 26 (Amt für Gebäudewirtschaft) bilden ein Dezernat.*
- c. Die Ämter 41 (Kulturamt), 50 (Amt für Soziales und Integration) und 51 (Amt für Jugend, Schule, Sport) bilden ein Dezernat.*
- d. Die Ämter 60 (Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamt), 61 (Planungs- und Vermessungsamt), 66 (Tiefbau- und Grünflächenamt), 68 (Zentraler Bauhof) und sowie Amt 20 (Amt für Finanzservice) bilden ein Dezernat.*

Rm. Weinrich/BA wies darauf hin, dass der Rat nicht bestimmen könne, welche Ämter der Bürgermeister zu übernehmen habe, sondern ihn nur bitten könne, insofern ein solcher Beschluss beanstandet werden müsse.

Rm. Bartel/Grüne erklärte, seine Fraktion könne keinen der beiden Anträge unterstützen, da beide davon ausgingen, dass der Beig. Rech nicht wiedergewählt werde.

Ohne weitere Aussprache ließ Bürgermeister Scheib anschließend über die eingereichten Anträge alternativ abstimmen:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, BA, FDP und dUH: 26 Stimmen
Antrag der SPD-Fraktion

17 Stimmen

Damit fasste der Rat folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt gern. § 73 Absatz 1 der Gemeindeordnung:

1. Der Geschäftskreis der drei Beigeordneten wird wie folgt festgelegt:
 - a. das Dezernat I mit den Ämtern 10 (Haupt- und Personalamt), 14 (Rechnungsprüfungsamt), 23 (Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsamt) und 26 (Amt für Gebäudewirtschaft);
 - b. das Dezernat II mit den Ämtern 41 (Kulturamt), 50 (Amt für Soziales und Integration) und 51 (Amt für Jugend, Schule und Sport);
 - c. das Dezernat III mit den Ämtern 60 (Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamt), 61 (Planungs- und Vermessungsamt), 66 (Tiefbau- und Grünflächenamt) und 68 (Zentraler Bauhof);
2. Das Amt 20 (Amt für Finanzwesen) wird in „Amt für Finanzwesen/Kämmerei“ umbenannt. Es wird von einem Kämmerer/einer Kämmerin geleitet, der/die direkt dem Bürgermeister untersteht.
3. Der Bürgermeister wird gebeten, die Leitung der Ämter 01 (Team Bürgermeisterbüro), 32 (Ordnungsamt), 34 (Standesamt) und 37 (Feuerwehr) zu übernehmen. Ansonsten verbleiben die Aufgaben im Dezernat I.
4. Diese Änderungen treten zum 1. Januar 2008 in Kraft.“

14. Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit – Erfahrungsberichte der Zentralen Vergabestelle – SV 20/105

Ohne Aussprache nahm der Rat den Erfahrungsbericht über die Verpflichtungserklärung gegen die Verwendung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zur Kenntnis.

15. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

16. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

a) Rm. Alkenings/SPD – Pläne der evang. Kirchengemeinde

Rm Alkenings reichte für die SPD-Fraktion folgende Anfrage ein:

Aus aktuellem Anlass bittet die SPD-Fraktion die Verwaltung um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Sind der Verwaltung die Pläne der evangelischen Kirchengemeinde bezüglich der Veränderung ihres Liegenschaftsbestandes im Detail bekannt?
- Ist der durch den Umzug des Kindergartens an der Schumannstraße anstehende Wegfall einer Kindergartengruppe ohne Ersatzmaßnahmen zu verkraften?
- Wie würde sich der Verkauf des Kindergartens an der Schulstraße und eine mögliche Schließung auf die Bedarfsdeckung in Hilden auswirken? Müssten in diesem Zusammenhang Ersatzmaßnahmen vorgenommen werden?

b) Rm. Alkenings/SPD – Kinderbildungsgesetz (Kibiz)

Rm Alkenings reichte für die SPD-Fraktion folgende Anfrage ein:

Das Landeskabinett hat das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) verabschiedet. Dieses Gesetz hat Auswirkungen auf Eltern, Träger von Einrichtungen und die Stadt.

Neben den bereits bekannten und diskutierten Problemen bei der Festsetzung von Elternbeiträgen bringt das Gesetz weitere Veränderungen, zu denen wir folgendes fragen:

- Wie könnte sich die Kontingentierung der Gruppentypen in Hilden auswirken?
- Welche Folgen hat die finanzielle Ausstattung gemäß Kibiz auf die in den folgenden Jahren aufzubauende Betreuung von Kindern in Krippenplätzen?
- Sind Einrichtungen in Hilden vom Wegfall der Sonderförderung in schwierigen Sozialräumen betroffen? Wenn ja, wie?
- Die Finanzierung der Einrichtungen hängt durch Kibiz von der Nachfrage und Belegung ab. Wie wirkt sich das auf die Träger aus?

c) Rm. Alkenings/SPD – Verkehrsvertrag DB AG und VRR

Rm Alkenings reichte für die SPD-Fraktion folgende Anfrage ein:

Wie wird sich das Scheitern der Verhandlung über einen neuen Verkehrsvertrag zwischen DB AG und VRR auf die Hildener S-Bahn-Anbindung auswirken?

Begründung:

Im Stadtentwicklungsausschuss am 2.5.2007 wurde von DB AG und VRR das Spar-Konzept für den SPNV und die Auswirkungen auf Hilden vorgestellt. Die Verhandlungen zur Umsetzung dieses Konzeptes sind letzte Woche gescheitert. Gestern hat der VRR Minderzahlung wegen mangelnder Vertragserfüllung in Höhe von 45,5 Mio. EUR jährlich gegen die DB beschlossen.

d) Rm. Schlottmann/CDU – Unterhaltungsmaßnahmen Ellen-Wiederhold- Turnhalle

Rm. Schlottmann reichte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage ein:

Bereits in 2005 sah die Planung der ausstehenden Unterhaltungsmaßnahmen die Erneuerung der Beleuchtung und der Deckenelemente in der Ellen-Wiederhold-Halle mit 80.000€ für das Jahr 2006 vor. Diese Erneuerung ist im Hinblick auf die benötigte Sanierungszeit (Sommerferien) In das Jahr 2007 geschoben worden

In diesem Zusammenhang stellt die CDU-Fraktion folgende Anfrage:

1. Ist es richtig, dass die für die Sommerferien geplante Sanierung des Hallendaches der Ellen-Wiederhold-Halle nicht wie geplant in den Sommerferien 2007 durchgeführt wird.

2. Wenn dies richtig ist, wo liegen die Gründe?
3. Wann ist die Sanierung jetzt geplant?
4. Wie lange dauert die Sanierung der Hallendecke und ist, wenn die Sanierung in den Sommerferien nicht durchgeführt wird, eine Sanierung in diesem Jahr überhaupt noch möglich.
Wenn die Sanierung noch möglich ist, wie viel Schulsportstunden und Vereinssportstunden fallen aus?
5. Der Sanierungsbedarf der Ellen-Wiederhold-Halle und der Termin der Sommerferien sind schon etwas länger bekannt, wieso sind die für die Sanierung anstehenden Fragen nicht früher geklärt worden.
6. War der Verwaltung dieser Sachverhalt bereits in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales bekannt?
7. Seit wann ist der Verwaltung bekannt, dass die Erneuerung der Hallendecke notwendig ist?
8. Wann wurden die Vorarbeiten geleistet?

Die Ellen-Wiederhold-Halle wird als Dreifachsporthalle im Laufe der Woche von vielen Klassen und Vereinen genutzt. Wenn es so ist, dass die Verwaltung die geplante Sanierungszeit in den Sommerferien verstreichen lässt, ohne dass die seit langem geplante Sanierung durchgeführt wird, ist dies für die CDU Fraktion völlig inakzeptabel.

Die CDU fordert die Verwaltung auf alles Mögliche zu unternehmen, dass die Sanierung doch noch wie geplant in den Sommerferien durchgeführt werden kann.

e) Rm. Schlottmann/CDU – Pläne der evang. Kirchengemeinde

Rm. Schlottmann reichte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage ein:

Wie der Presse zu entnehmen war, plant die evangelische Kirche die Schließung einer Kindergartengruppe im Hildener Norden, dies ist im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung mittelfristig berücksichtigt gewesen. Die darüber hinaus verkündete Absicht der ev. Kirchengemeinde, die große Kindertageseinrichtung „die Arche“ in der Schulstr. aus Gründen der besseren Vermarktung aufzugeben, ist jedoch neu.

Die CDU Fraktion fragt die Verwaltung:

War diese Absicht der Verwaltung bereits bekannt? Wie würde sich ein solcher Wegfall auf die Versorgungssituation im Kindergartenbereich insbesondere auch im Hinblick auf die beabsichtigte Erweiterung der U-3 Angebote auswirken?

f) Rm. Schlottmann/CDU – Sanierung Sportplatz Kalstert

Rm. Schlottmann reichte für die CDU-Fraktion folgende Anfrage ein:

Für das Jahr 2008 ist die Sanierung des Sportplatzes Kalstert geplant. Die CDU Fraktion möchte sicher stellen, dass zu Beginn der Saison 2008/09 der Spielbetrieb auf

dem sanierten Platz stattfinden kann. Die Verwaltung wird beauftragt die dazu notwendigen Beschlüsse vorzubereiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen, damit diese Ziel erreicht werden kann.

Begründung:

Für die Fußballabteilung des SV Hilden Ost ist es wichtig eine Planungssicherheit zu bekommen. Mit dem Antrag will die CDU-Fraktion sicherstellen, dass der SV Hilden Ost für die Saison 2008/09 den Spielbetrieb auf dem neuen Kunstrasenplatz planen kann.

g) Rm. Joseph/FDP – Vortrag Wohnstandortwahl im Bergischen Land: Untersuchungsergebnisse und Strategien auf der stadtregionalen Ebene

Rm. Joseph reichte für die FDP-Fraktion folgende Anfrage ein:

Die Verwaltung wird gebeten, den Vortrag in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss am 6. Juni 2007 Vortrag zu bewerten und schriftlich mitzuteilen, welche Konsequenzen und Maßnahmen sich daraus ergeben.

h) Rm. Welke/FDP – Rauchverbot

Rm. Welke/FDP erinnerte an die Beantwortung seiner in der letzten Sitzung des Rates im Zusammenhang mit der SV 32/07 eingereichten Fragen

i) Rm. Burchartz/FDP – Verschmutzung Schulbereich Berufskolleg / Konzept Ringwall-Parkanlage (Holterhöfchen)

Rm. Burchartz erinnerte an die Beantwortung seiner in der letzten Sitzung des Rates eingereichte Anfrage zur Reinigungssituation im Bereich des Berufskollegs und bat darum, die Anfrage im Zusammenhang mit der Erstellung des Konzeptes zur Nutzung der Parkanlage Holterhöfchen mit abzuhandeln.

II. Nichtöffentliche Sitzung
(...)

Ende der Sitzung: 21.25 Uhr

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Bürgermeister

Stadtamtsrat

Gesehen:

Stadtverwaltungsrat

3. Nachtragssatzung vom _____ zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Hilden vom 15.12.2005

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 03. Mai 2005 (GV NRW 2005, S. 498) und der §§ 1 bis 3 und § 20 Abs. 2 Buchst. b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Mai 2005 (GV NRW 2004 S. 228), hat der Rat der Stadt Hilden in seiner Sitzung vom _____ folgenden 3. Nachtrag zur Vergnügungssteuersatzung vom 15.12.2005 beschlossen:

§ 1

Die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Hilden vom 15.12.2005 wird wie folgt geändert:

Artikel 2 § 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

- (1) Die Steuer für das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten bemisst sich bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit nach dem Einspielergebnis, bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit nach deren Anzahl. Einspielergebnis ist der Betrag der elektronisch gezahlten Brutto-Kasse. Dieser errechnet sich aus der elektronisch gezahlten Kasse zzgl. Röhrenentnahme (sog. Fehlbetrag), abzüglich Röhrenauffüllung, Falschgeld, Prüftestgeld und Fehlgeld.

Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenem Kalendermonat bei der Aufstellung

1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 5 a) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	10 v. H. des	Einspieler-
gebnisses		
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	36,00 €	

2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 b) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	10 v. H. des	Einspieler-
gebnisses		
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	27,00 €	

Artikel 2 § 5 a Absatz 1 erhält folgende Fassung:

- (1) Soweit für Besteuerungszeiträume die Einspielergebnisse nicht durch Ausdrücke manipulatio-
nssicherer elektronischer Zählwerke nachgewiesen und belegt werden können kann bei den Be-
steuerungstatbeständen nach § 5 eine Besteuerung nach der Anzahl der Apparate erfolgen.

Artikel 2 § 5 b wird ersatzlos gestrichen.

Artikel 2 § 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit im Sinne des § 5 ist der Steuerschuldner verpflichtet, die Steuer selbst zu errechnen. Bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalendervierteljahres ist der Stadt Hilden eine Steueranmeldung für jeden Abrechnungszeitraum (ein Kalendermonat) getrennt nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und die errechnete Steuer an die Stadtkasse zu entrichten. Die unbeanstandete Entgegennahme der Steueranmeldung gilt als Steuerfestsetzung.

§ 2

Dieser 3. Nachtrag zur Vergnügungssteuersatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft.

Satzung

zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Hilden vom 16.11.1971, zuletzt geändert durch Satzung vom 16.7.2002

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes in den gegenwärtig geltenden Fassungen hat der Rat der Stadt Hilden am folgende Satzung beschlossen:

§ 1

In § 3 Abs. 1 Buchstabe a) wird der Text „Grünstr. 61“ durch „Hegelstr. 31“ ersetzt.

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Satzung der Stadt Hilden über die Teilnahme sowie die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagsgrundschule“, in der „Verlässlichen Grundschule 8-1“ sowie bei „Silentien“ im Primarbereich

Satzung	Datum	Änderung	in Kraft getreten
Satzung der Stadt Hilden über die Teilnahme sowie die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagsgrundschule“, in der „Verlässlichen Grundschule 8-1“ sowie bei „Silentien“ im Primarbereich	13.06.07		01.08.2007

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666 ff / SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2004 (GV NRW s. 92 ff), der §§ 1, 2, 4, 5, und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712 / SGV NRW S. 610), zuletzt geändert durch Art. 74 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechtes an den Euro vom 25.09.2001 (GV NRW 2001, S. 708) hat der Rat der Stadt Hilden in seiner Sitzung am 13.06.2007 folgende Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der „Offenen Ganztagsgrundschule“, der „Verlässlichen Grundschule 8-1“ sowie „Silentien“ in Grundschulen der Stadt Hilden beschlossen:

I. Offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich

§ 1 – Das Angebot

Die offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich bietet zusätzlich zum planmäßigen Unterricht an den Unterrichtstagen, an unterrichtsfreien Tagen (außer an Samstagen, Sonn- und Feiertagen) sowie bei Bedarf in den Ferien Angebote außerhalb der Unterrichtszeit (außerunterrichtliche Angebote).

Der Zeitrahmen erstreckt sich, unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit, an allen Unterrichtstagen von spätestens 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens jedoch bis 15.00 Uhr.

Die außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagsgrundschule gelten als schulische Veranstaltungen.

§ 2 - Teilnahmeberechtigte, Aufnahme

1. An den außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagsgrundschule können grundsätzlich nur Kinder der Schulen teilnehmen, an denen dieses Angebot besteht.
2. Es werden nur so viele Kinder aufgenommen, wie freie Plätze an der jeweiligen Schule vorhanden sind. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Über die Aufnahme entscheidet die/der jeweilige Schulleiterin/Schulleiter.
3. Die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagsgrundschule ist freiwillig. Die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme bindet jedoch für die Dauer eines Schuljahres (1.8. - 31.7.).

§ 3 - Abmeldung, Ausschluss

1. Eine vorzeitige, unterjährige Abmeldung durch die Erziehungsberechtigten ist mit einer Frist von 4 Wochen zum 1. des darauf folgenden Monats möglich bei:
 - Änderung hinsichtlich der Personensorge für das Kind,

- Wechsel der Schule,
 - längerfristige Erkrankung des Kindes (min. 4 Wochen) sowie
 - Arbeitslosigkeit eines Erziehungsberechtigten.
2. Ein Kind kann von der Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagsgrundschule ausgeschlossen werden, insbesondere wenn
- das Verhalten des Kindes einen weiteren Verbleib in der Maßnahme nicht zulässt,
 - das Kind das Angebot nicht regelmäßig wahrnimmt,
 - die Erziehungsberechtigten ihren Beitragszahlungen nicht nachkommen,
 - die erforderliche Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Erziehungsberechtigten von letzteren verweigert wird, sowie
 - die Aufnahme auf unzutreffenden Angaben der Erziehungsberechtigten beruht.

§ 4 - Elternbeiträge, Fälligkeit

1. Beitragspflichtig sind die Erziehungsberechtigten des Kindes.
2. Die Beitragspflicht entsteht mit der Aufnahme des Kindes in das außerunterrichtliche Angebot der offenen Ganztagsgrundschule. Sie besteht grundsätzlich für ein Schuljahr. Wird ein Kind im laufenden Schuljahr aufgenommen oder verlässt ein Kind im laufenden Schuljahr die außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagsgrundschule, ist der Beitrag anteilig zu entrichten.
3. Für die Teilnahme an den außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagsgrundschule werden für das erste Kind monatlich folgende Elternbeiträge erhoben:

Bruttojahreseinkommen * Euro	Mtl. Elternbeitrag Euro
bis 12.271	0,00
12.272 – 24.542	25,00
24.543 – 36.813	55,00
36.814 – 49.084	80,00
49.084 – 61.355	100,00
über 61.355	150,00

* Unter Bruttojahreseinkommen ist das nach § 6 der Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtgebiet Hilden definierte Einkommen zu verstehen. Wird kein Nachweis vorgelegt, ist der Beitrag nach der höchsten Einkommens-Kategorie fällig.

Das Familienjahreseinkommen ist durch Vorlage eines Einkommensteuerbescheides des Vorjahres bzw. einer Jahreseinkommenbescheinigung und der Lohn- oder Gehaltsabrechnung von Dezember des Vorjahres (auch bei geringfügigen Beschäftigungen), oder eines aktuellen Sozialhilfe- oder Arbeitslosengeld-/Arbeitslosenhilfebescheides nachzuweisen. Unterhaltsbezüge sind ebenfalls nachzuweisen.

Besuchen mehr als ein Kind einer Familie oder von Personen, die nach § 4 dieser Satzung an die Stelle der Eltern treten, gleichzeitig eine Tageseinrichtung für Kinder, ein Betreuungsnetz oder die Offene Ganztagsgrundschule, so entfallen die Beiträge für das zweite und jedes weitere Kind. Ergeben sich ohne die Beitragsbefreiung nach Satz 1 unterschiedlich hohe Beiträge, so ist der höchste Beitrag zu zahlen.

4. Der Elternbeitrag ist nach Zustellung des Beitragsbescheides fällig und zum 15. eines jeden Monats zu entrichten.

§ 5 - Mittagsverpflegung

Für die Mittagsverpflegung wird zusätzlich ein Kostenbeitrag, welcher gesondert festgesetzt wird, erhoben.

II. Verlässliche Grundschule 8-1 im Primarbereich (VGS)

§ 6 - Das Angebot

Die VGS im Primarbereich bietet zusätzlich zum planmäßigen Unterricht an den Unterrichtstagen Angebote außerhalb der Unterrichtszeit (außerunterrichtliche Angebote).

Der Zeitrahmen erstreckt sich, unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit, an allen Unterrichtstagen von spätestens 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr, bei Bedarf auch länger. Abweichungen legt die Schulleitung fest.

Die außerunterrichtlichen Angebote der VGS gelten als schulische Veranstaltungen.

§ 7 - Teilnahmeberechtigte, Aufnahme

An den außerunterrichtlichen Angeboten der VGS können grundsätzlich nur Kinder der Schulen teilnehmen, an denen dieses Angebot besteht.

Es werden nur so viele Kinder aufgenommen, wie freie Plätze an der jeweiligen Schule vorhanden sind. Eine Gruppe besteht aus mindestens 20 Kindern. Kleinere Gruppen werden der Offenen Ganztagschule angegliedert und dort wie eine VGS- Gruppe geführt. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Über die Aufnahme entscheidet die/der jeweilige Schulleiterin/Schulleiter.

Die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten der VGS ist freiwillig. Die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme bindet für die Dauer eines Schulhalbjahres.

§ 8 - Abmeldung, Ausschluss

Eine vorzeitige Abmeldung durch die Erziehungsberechtigten ist in begründeten Ausnahmefällen mit einer Frist von 4 Wochen zum 1. des darauf folgenden Monats möglich.

Ein Kind kann von der Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten der VGS ausgeschlossen werden, insbesondere wenn

- das Verhalten des Kindes einen weiteren Verbleib in der Maßnahme nicht zulässt,*
- das Kind das Angebot nicht regelmäßig wahrnimmt,*
- die Erziehungsberechtigten ihren Beitragszahlungen nicht nachkommen,*
- die erforderliche Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Erziehungsberechtigten von letzteren verweigert wird, sowie*
- die Aufnahme auf unzutreffenden Angaben der Erziehungsberechtigten beruht.*

§ 9 - Elternbeiträge, Fälligkeit

Beitragspflichtig sind die Erziehungsberechtigten des Kindes.

Die Beitragspflicht entsteht mit der Aufnahme des Kindes in das außerunterrichtliche Angebot der VGS. Sie besteht grundsätzlich für ein Schuljahr. Wird ein Kind im laufenden Schuljahr aufgenommen oder verlässt ein Kind im laufenden Schuljahr die außerunterrichtlichen Angebote, ist der Beitrag anteilig zu entrichten.

*Der Jahresbeitrag liegt bei 252,00 € und wird auf 12 Monate verteilt mit je 21,00 € entrichtet.
Ein Verzicht auf die Beitragszahlung ist analog der Regelungen zur Offenen Ganztagschule möglich.
Der Elternbeitrag ist nach Zustellung des Beitragsbescheides fällig und zum 15. eines jeden Monats zu entrichten.*

III. Silentien im Primarbereich

§ - 10 Das Angebot

*Die Silentien bieten zusätzlich zum planmäßigen Unterricht an den Unterrichtstagen Angebote außerhalb der Unterrichtszeit (außerunterrichtliche Angebote).
Der Zeitrahmen wird von der Schulleitung festgelegt.
Diese außerunterrichtlichen Angebote gelten als schulische Veranstaltungen.*

§ 11 - Teilnahmeberechtigte, Aufnahme

*An den außerunterrichtlichen Angeboten der Silentien können grundsätzlich nur Kinder der Schulen teilnehmen, an denen dieses Angebot besteht.
Es werden nur so viele Kinder aufgenommen, wie freie Plätze an der jeweiligen Schule vorhanden sind. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Über die Aufnahme entscheidet die/der jeweilige Schulleiterin/Schulleiter.
Die Teilnahme an diesen außerunterrichtlichen Angeboten ist freiwillig. Die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme bindet jedoch für die Dauer der Maßnahme.*

§ 12 - Abmeldung, Ausschluss

Eine vorzeitige Abmeldung durch die Erziehungsberechtigten ist mit einer Frist von 4 Wochen zum 1. des darauffolgenden Monats möglich bei:

- *Änderung hinsichtlich der Personensorge für das Kind,*
- *Wechsel der Schule,*
- *Erkrankung des Kindes*

Ein Kind kann von der Teilnahme an Silentien ausgeschlossen werden, insbesondere wenn

- *das Verhalten des Kindes einen weiteren Verbleib in der Maßnahme nicht zulässt,*
- *das Kind das Angebot nicht regelmäßig wahrnimmt,*
- *die erforderliche Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Erziehungsberechtigten von letzteren verweigert wird, sowie*
- *die Aufnahme auf unzutreffenden Angaben der Erziehungsberechtigten beruht.*

§ 13 - Elternbeiträge

Für Silentien werden keine Elternbeiträge erhoben.

§ 14 – Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.08.2007 in Kraft.